

Das Recht der Schulen in freier Trägerschaft

Handbuch für Praxis und Wissenschaft

Bearbeitet von
Ingo Krampen, Johanna Keller

1. Auflage 2014. Buch. 253 S. Kartoniert
ISBN 978 3 8487 0668 6

[Recht > Öffentliches Recht > Verwaltungsrecht > Schulrecht, Hochschulrecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Keller | Krampen

Das Recht der Schulen in freier Trägerschaft

Handbuch für Praxis und Wissenschaft



Nomos

NOMOSPRAXIS

Johanna Keller

Rechtsanwältin und Mediatorin, Mannheim

Ingo Krampen

Rechtsanwalt, Notar und Mediator, Bochum [Hrsg.]

Das Recht der Schulen in freier Trägerschaft

Handbuch für Praxis und Wissenschaft

Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Johann Peter Vogel

Hans Jürgen Bader, Rechtsanwalt, Stuttgart | **Klaus Hesse**, Rechtsanwalt und Mediator, Mannheim | **Johanna Keller**, Rechtsanwältin und Mediatorin, Mannheim | **Ingo Krampen**, Rechtsanwalt, Notar und Mediator, Bochum | **Sandra Meinke**, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht, Bochum | **Anja Surwehne**, Rechtsanwältin, Fachanwältin für Sozialrecht und Mediatorin, Bochum



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-0668-6

1. Auflage 2014

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Schulen in freier Trägerschaft sind ein wichtiger Bestandteil der Bildungslandschaft und wirken eigenverantwortlich am öffentlichen Bildungsauftrag mit. Sie können schneller und konsequenter als staatliche Schulen durch neue Schulformen oder Unterrichtskonzepte die Pädagogik inspirieren und Impulse für neue Entwicklungen geben. Dem privaten Schulträger sind flexible und unterschiedliche Strukturen sowie differenzierte Selbstverwaltungsformen möglich. Dabei spielt das Zivilrecht eine entscheidende Rolle für die Gestaltung der Trägerstruktur und der Schule. Andererseits ist bei der Übernahme öffentlicher Aufgaben, z. B. Erfüllung der Schulpflicht, öffentliches Recht anzuwenden. So ist das Recht der Schulen in freier Trägerschaft ein Konglomerat von Zivilrecht und öffentlichem Recht und setzt sich aus verschiedenen Spezialgebieten zusammen.

Beispiele: Soweit Schulen in freier Trägerschaft Abschlusszeugnisse und Abschlüsse, die eine formelle Berechtigung verleihen (Hauptschulabschluss, Mittlere Reife, Fachhochschulreife und Abitur) selbst vergeben, handeln sie als beliehene Unternehmer des Staates durch Verwaltungsakt auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts. Verleiht hingegen der Staat das Abschlusszeugnis bzw. die Abschlüsse, wirken die Schulen nur im Rahmen diesessverfahrens mit. Soweit sie Zuschüsse in Empfang nehmen, unterliegen sie ebenfalls den Grundregeln und Bestimmungen des öffentlichen Rechts. Aber in vielen anderen Bereichen bewegen sich Schulen in freier Trägerschaft im Gebiet des Zivilrechts. Das gilt insbesondere für die Abschlüsse von Schulverträgen und Arbeitsverträgen.

Zusätzlich kompliziert wird die Rechtslage dadurch, dass nicht nur viele Spezialgebiete des Rechts betroffen sind, sondern diese auch noch in den einzelnen Bundesländern (teilweise stark) unterschiedlich geregelt sind.

Dem tragen wir in diesem Handbuch Rechnung: Nach einer Einführung in die internationalen und verfassungsrechtlichen Grundlagen, die für alle Schulen in freier Trägerschaft gelten, und in die Rechtssystematik der derzeit viel zitierten Inklusion, stellen wir die wichtigsten öffentlich-rechtlichen Rechtsgebiete dar, nämlich Schulaufsicht, insbesondere Schulgenehmigungen und Unterrichtsgenehmigungen sowie das Zeugnis- und Prüfungsrecht. Es folgt die Darstellung der diversen Refinanzierungssysteme für freie Schulen, inklusive der Schülerfahrtkostenregelungen. Auf wichtige Unterschiede in den Länderregelungen wird jeweils hingewiesen.

Sodann folgen die zivilrechtlichen Spezialgebiete, die für Schulen in freier Trägerschaft von Bedeutung sind, wie Vertragsrecht (z. B. Schulverträge), Arbeitsrecht und die Vereins- und gesellschaftsrechtlichen Grundlagen, soweit sie für die Wahl und Handhabung der Trägerschaft von Bedeutung sind. Ebenso werden die für Schulen interessanten Grundlagen des Datenschutzrechts und des Aufsichtsrechts dargelegt.

Unser Handbuch ist nicht nur für Jurist/innen, sondern auch für Praktiker gedacht, also für alle, die an Schulen in freier Trägerschaft Verantwortung tragen, z. B. Vorstände, Schulleitungen, Geschäftsführer/innen, aber auch für alle Lehrer/innen und Eltern, die sich informieren möchten. Und ganz besonders natürlich für die anwaltlichen Kolleginnen und Kollegen, die in Vorständen oder als Berater/innen für Schulen in freier Trägerschaft tätig sind und sich eine kompakte Übersicht über die Rechtsgebiete wünschen, von denen ihre Schule betroffen ist. Deswegen verzichten wir soweit wie möglich auf theoretisch-rechtswissenschaftliche Begründungen und Ableitungen zugunsten der besseren Lesbarkeit der Texte und zugunsten eines umfangreichen Anhangs mit vielen

Vorwort

Mustern für Satzungen und Verträge, sowie mit – wie wir hoffen – nützlichen Informationen zu den Verbänden, in denen die Schulen in freier Trägerschaft organisiert sind.

Bitte geben Sie, liebe Leser und Nutzer dieses Handbuchs, uns Feedback. Wir werden Ihre Anregungen bei der Überarbeitung des Handbuchs gern berücksichtigen.

Wir bitten um Verständnis dafür, dass wir alle Amts- und Funktionsbezeichnungen in diesem Handbuch der besseren Lesbarkeit wegen nur in der männlichen Sprachform verwenden. Sie schließen die weibliche Sprachform ein.

Johanna Keller, Ingo Krampen

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort	5
Vorwort	7
Abkürzungsverzeichnis	17
Literaturverzeichnis	19
1. Kapitel: Der Rechtsrahmen für Schulen in freier Trägerschaft (<i>Krampen</i>)....	23
1.1. Der Mensch als Ausgangspunkt des Rechts	23
1.2. Die Entwicklung von Schulen in freier Trägerschaft	24
2. Kapitel: Die Rechtsgrundlagen für Schulen in freier Trägerschaft (<i>Keller</i>)....	28
2.1. Das Grundgesetz (GG) und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	28
2.1.1. Verfassungsrechtliche Garantie des freien Schulwesens (Artikel 7 GG)	28
2.1.2. Elternrecht im Schulwesen und vorschulischen Bereich (Artikel 6 GG)	33
2.1.3. Unveräußerlichkeit der Menschenwürde und Recht auf Teilhabe (Art. 1 GG)	36
2.1.4. Freie Entfaltung der Persönlichkeit und Recht auf Freiheit (Art. 2 GG)	36
2.1.5. Grundsatz der Gleichbehandlung (Art. 3 GG)	38
2.1.6. Glaubens- und Gewissensfreiheit Art. 4 GG	39
2.1.7. Berufs- und Ausbildungsfreiheit (Art. 12 GG)	41
2.2. Internationale Regelungen	42
2.2.1. Die Charta der Grundrechte der EU, Art. 14	42
2.2.2. Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)	43
2.2.3. Kinderrechtskonvention (KRK)	43
2.2.4. UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung (BRK)	44
2.3. Landesverfassungen	45
2.4. Weitere schulrechtliche Regelungen	46
3. Kapitel: Inklusion (<i>Keller</i>).....	49
3.1. Inklusion – die neue Herausforderung	49
3.2. Umsetzung der BRK in den Bundesländern	52
Baden-Württemberg	52
Bayern	52
Berlin	53
Brandenburg	53
Bremen	54
Hessen	54
Niedersachsen	54
Nordrhein-Westfalen	55
Rheinland-Pfalz	55
Hamburg	56
Mecklenburg-Vorpommern	57

Inhaltsverzeichnis

Saarland	57
Sachsen	58
Sachsen-Anhalt	58
Schleswig-Holstein	59
Thüringen	59
4. Kapitel: Schulstatus und Schularten in freier Trägerschaft (Keller/Krampen/Surwehme).....	61
4.1. Schule	61
4.2. Ersatzschulen und Ergänzungsschulen in freier Trägerschaft	61
4.2.1 Ersatzschulen	62
4.2.2. Ergänzungsschulen	62
4.3. Schularten	63
4.3.1. Allgemeinbildende Schulen	63
4.3.2. Förderschulen	65
4.3.3. Berufliche Schulen	65
4.3.4. Kollegstufen (Berufskolleg)	66
5. Kapitel: Ganztagsbetreuung in Schule und Hort (Keller/Surwehme).....	67
5.1. Ganztagssschule	67
5.1.1. Gebundene Ganztagssschule	67
5.1.2. Offene Ganztagssschule	67
5.1.3. Beispiele von Ganztagssschule in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen	68
Ganztagssschulen in Baden-Württemberg	68
Gebundene und offene Ganztagssschulen in NRW	70
5.2. Horte	71
6. Kapitel: Genehmigungsvoraussetzungen der Ersatzschule (Keller/Hesse/Krampen).....	72
6.1. Bildungsziele	72
6.2. Einrichtungen	73
6.3. Lehrerausbildung	74
6.4. Hinreichende wirtschaftliche und rechtliche Sicherung der Lehrer	74
6.5. Sonderungsverbot	77
6.6. Art. 7 Abs. 5 GG	79
7. Kapitel: Unterrichtsgenehmigungen (Bader/Keller/Krampen).....	81
7.1. Allgemeine Rechtslage	81
7.2. Die Rechtslage in Baden-Württemberg	86
7.3. Die Rechtslage in Nordrhein-Westfalen	88
8. Kapitel: Staatliche Berechtigungen an Ersatzschulen (Keller/Hesse).....	92
8.1. Genehmigte und staatlich anerkannte Ersatzschulen in freier Trägerschaft	92
8.1.1. Genehmigte Schulen in freier Trägerschaft	92
8.1.2. Staatlich anerkannte Schulen in freier Trägerschaft	92
8.2. Rechtswirkung	93
8.3. Jahreszeugnisse	94

8.4.	Abschlusszeugnisse	94
8.5.	Abschlussprüfungen	95
9.	Kapitel: Finanzhilfe für Ersatzschulen in freier Trägerschaft (Hesse).....	97
9.1.	Grundgesetzlicher Finanzhilfeanspruch	97
9.1.1.	Grundsätzlicher Finanzhilfeanspruch: Vom Aufwendungsersatz zum Institutionsschutz	98
9.1.2.	Wartefrist vor Einsetzen der Finanzhilfe	99
9.1.3.	Schulterschluss zwischen Bundesverfassungsgericht und Bundes- verwaltungsgericht	100
9.1.4.	Kostenberücksichtigende Bezuschussung und Begrenzung der Folgen der Wartefrist	101
9.1.5.	Herkömmliches Bild der Privatschule	102
9.1.6.	Landeskinderklausel	102
9.1.7.	Ausweitung des gesetzgeberischen Spielraums	103
9.1.8.	Zusammenfassung	103
9.2.	Landesrechtliche Regelungen	107
	Baden-Württemberg	108
	Bayern	109
	Berlin	109
	Brandenburg	110
	Bremen	110
	Hamburg	110
	Hessen	110
	Mecklenburg-Vorpommern	111
	Niedersachsen	111
	Nordrhein-Westfalen	111
	Rheinland-Pfalz	112
	Saarland	113
	Sachsen	113
	Sachsen-Anhalt	113
	Schleswig-Holstein	113
	Thüringen	114
10.	Kapitel Schülerfahrkostenerstattung (Surwehme).....	115
	Baden-Württemberg	115
	Bayern	115
	Berlin	116
	Brandenburg	116
	Bremen	116
	Hamburg	116
	Hessen	117
	Mecklenburg-Vorpommern	117
	Niedersachsen	118
	Nordrhein-Westfalen	118
	Rheinland-Pfalz	118
	Saarland	119
	Sachsen	119
	Sachsen-Anhalt	119

Inhaltsverzeichnis

Schleswig-Holstein	120
Thüringen	120
11. Kapitel: Staatliche Schulaufsicht (<i>Krampen</i>).....	121
11.1. Allgemeine Fragen der staatlichen Schulaufsicht	121
11.2. Dienst-/Fachaufsicht	121
11.3. Rechtsaufsicht gegenüber Schulen in freier Trägerschaft	121
11.4. Kollisionen	122
12. Kapitel: Rechtsformen für Schulträger (<i>Krampen</i>).....	123
12.1. Vorbemerkung	123
12.2. Körperschaft und Personengesellschaft	123
12.3. Der eingetragene Verein (e. V.)	124
12.4. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	126
12.5. Die eingetragene Genossenschaft (e. G.)	127
12.6. Die Aktiengesellschaft (AG)	128
12.7. Die rechtsfähige (selbstständige) Stiftung	128
12.8. Für welche Schule welche Rechtsform?	129
12.9. Der zeitgemäß ausgestaltete Verein als Schulträger	130
12.10 Eintragungsfähigkeit des Vereins mit Zweckbetrieb	131
13. Kapitel: Die rechtliche Ausgestaltung des Schulträgers (<i>Krampen</i>).....	133
13.1 Die Organe	133
13.2. Beispiel: Die Organe im Verein	133
13.2.1. Der Vorstand	133
13.2.2. Die Mitgliederversammlung	134
13.3. Die Organe in anderen Rechtsformen	134
14. Kapitel: Die Haftung im Rahmen des Schulträgers am Beispiel des Vereins (<i>Meinke/Krampen</i>).....	135
14.1. Die Mitglieder	135
14.2. Der Vorstand	135
14.2.1. Die Haftung für unerlaubte Handlungen, §§ 823, 840 Abs. 1 BGB	135
14.2.2. Die Haftung wegen Verschleppung des Insolvenzantrages, § 42 Abs. 2 Satz 2 BGB	135
14.2.3. Die Haftung für Steuerschulden §§ 34, 69 AO	136
14.2.4. Die Haftung für Lohnsteuer, §§ 42 d EStG, 34, 35 AO	136
14.2.5. Die Haftung im Zusammenhang mit Spenden, § 10 b Abs. 4 Satz 2 EStG	137
14.3. Geschäftsführer/Repräsentanten	137
14.3.1. Die Haftung für unerlaubte Handlungen, § 823 BGB	137
14.3.2. Die Haftung für verspätet gestellten Insolvenzantrag	137
14.3.3. Die Haftung für Steuerverpflichtungen, §§ 69, 34, 35 AO	138
14.3.4. Haftung aus dem Arbeitsvertrag	138
14.3.5. Haftung sonstiger Repräsentanten	138
14.3.6. Arbeitsrechtlicher Freistellungsanspruch gegenüber dem Ver- ein	138
14.4. Haftung im Rahmen anderer Rechtsträger	139

15. Kapitel: Steuerrechtliche Grundlagen – Die Gemeinnützigkeit (Hesse).....	140
15.1. Steuerrechtliche Grundlagen der Gemeinnützigkeit	140
15.2. Folgen der Gemeinnützigkeit	145
15.2.1. Körperschaftssteuer	145
15.2.2. Umsatzsteuer	145
15.2.3. Spendenfähigkeit	146
15.2.4. Steuerfreibeträge	146
15.2.5. Öffentliche Finanzhilfe	146
16. Kapitel: Schulvertragsrecht (Surwehme).....	147
16.1. Allgemeines	147
16.2. Vertragsparteien des Schulvertrages	147
16.2.1. Regelfall	147
16.2.2. Volljährigkeit des Schülers	148
16.3. Die Regelungen im Schulvertrag	148
16.3.1. Präambel/Vorbemerkung	148
16.3.2. Laufzeit des Vertrages/Probezeit	148
16.3.3. Schulgeld/Beitrag zur Trägereigenleistung	149
16.3.4. Beendigung des Schulverhältnisses	150
a) Allgemeine Beendigungsgründe	150
b) Beendigung durch Kündigung	150
aa) Ordentliche Kündigung	151
bb) Fristlose Kündigung	151
16.3.5. Anlagen zum Schulvertrag	151
17. Kapitel: Aufsicht über Schülerinnen und Schüler (Meinke/Keller).....	153
17.1. Allgemeines	153
17.2. Organisation der Aufsicht	155
17.3. Zeitliche Festlegung der Aufsicht	155
17.4. Örtliche Festlegung der Aufsicht	155
17.5. Intensität der Aufsicht	156
17.6. Aufsichtspflichtige Personen	157
17.7. Übertragung der Aufsicht auf Dritte	157
17.8. Zu beaufsichtigende Personen	157
17.9. Ausübung der Aufsicht: Verantwortung der Lehrkräfte	158
17.9.1. Kontinuierliche Aufsicht	158
17.9.2. Aktive Aufsichtsführung	160
17.9.3. Präventive Aufsicht	161
17.10. Praktische Umsetzung	162
17.11. Folgen eines Verstoßes gegen die Aufsichtspflicht	162
17.11.1. Persönliche Haftung der Organmitglieder und Lehrkräfte	162
17.11.2. Haftungserleichterung für Arbeitnehmer: Arbeitsrechtlicher Freistellungsgrundsatz	163
17.11.3. Gesetzliche Unfallversicherung der Schüler	164
17.11.4. Arbeitsrechtliche Folgen einer Aufsichtspflichtverletzung	165
17.11.5. Strafrechtliche Folgen einer Aufsichtspflichtverletzung	165

18. Kapitel: Arbeitsrecht (Meinke)	166
18.1. Der Weg zwischen zwingendem Recht und frei gestaltbarer Vereinbarung	166
18.2. Charakter des Arbeitsverhältnisses	166
18.3. Zuständigkeit für Personalangelegenheiten, Weisungsrecht	166
18.4. Korrektes Einstellungsverfahren	167
18.5. Form und Inhalt des Arbeitsvertrages	168
18.5.1. Form des Arbeitsvertrages	168
18.5.2. Mindestinhalt des Arbeitsvertrages	168
18.5.3. Tarifvertrag oder Gesetz als Grundlage?	169
18.5.4. Probezeit	169
18.5.5. Verlängerte „Probephase“: Kombination mit einem befristeten Vertrag	170
18.5.6. Befristung des Arbeitsvertrages	171
18.5.6.1. Die Befristung ohne Sachgrund	172
18.5.6.2. Die Befristung mit Sachgrund	172
18.5.6.3. Form der Befristung	173
18.5.6.4. Ende eines befristeten Vertrags	173
18.6. Kündigung	174
18.6.1. Schriftform der Kündigung	174
18.6.2. Zugang der Kündigung	175
18.6.3. Kündigungsschutz, Erforderlichkeit eines Kündigungsgrundes ...	176
18.6.4. Kündigungsarten	177
18.6.5. Kündigungsgründe	179
18.6.6. Die betriebsbedingte Kündigung	179
18.6.7. Die personenbedingte Kündigung	180
18.6.8. Die verhaltensbedingte Kündigung	181
18.6.8.1. Abmahnung	182
18.6.8.2. Abgrenzung der personenbedingten von der verhaltensbedingten Kündigung	182
18.6.9. Änderungskündigung	183
18.6.10. Kündigung mit Abfindungsangebot	183
18.6.11. Aufhebungsvertrag und Abwicklungsvertrag	183
18.6.12. Steuern und Sozialversicherung bei Abfindungszahlung	185
18.6.13. Erstattung des Arbeitslosengeldes nach Kündigung	185
18.6.14. Arbeitsgerichtsprozess	185
18.7. Freie Mitarbeiter (Honorarkräfte)	186
18.8. Geringfügig Beschäftigte	187
19. Kapitel Mitwirkung von Schülern, Lehrern und Eltern (Keller/Krampe/Surwehne)	189
19.1. Schüler	189
19.2. Lehrer	191
19.3. Eltern	191
19.4. Zusammenwirken	191
20. Kapitel: Datenschutzrecht und Recht am eigenen Bild (Hesse)	193
20.1. Datenschutzrecht	193

20.1.1.	Allgemeines	193
20.1.2.	Das Bundesdatenschutzgesetz	194
20.1.2.1.	Grundlagen	194
20.1.2.2.	Verfahrensvorschriften	195
20.1.3.	Berechtigungen zum Umgang mit Daten	196
20.1.4.	Beauftragter für den Datenschutz	198
20.1.5.	Rechte der Betroffenen	198
20.2.	Recht am eigenen Bild	198
20.3.	Erklärung einer Einwilligung	199
21. Kapitel:	Rechtsschutzmöglichkeiten (Keller/Hesse).....	200
21.1.	Rechtsschutz gegen staatliches Handeln	200
21.2.	Rechtsschutz gegen Handeln von Ersatzschulen	201
22. Kapitel:	Streitkultur (Krampen/Keller).....	202
22.1.	Die Veranlagung von Streitkultur in der Struktur der Schule	202
22.2.	Die Mediation	203
	Grenzen der Mediation:	204
	Zusammenfassung:	204
23. Kapitel:	Überblick über die freien Schulen in Trägerschaft und ihre Verbände	206
23.1.	Bund der Freien Waldorfschulen e.V., Waldorfschulen und Waldorfpädagogik	206
23.2.	Freie Alternativschulen	208
23.3.	Montessori-Pädagogik und Montessori-Schulen	209
23.4.	Bildungseinrichtungen im Verband Deutscher Privatschulverbände e. V. (VDP)	211
23.5.	Schulen in kirchlicher Trägerschaft	213
23.5.1.	Das Evangelische Schulwesen in Deutschland	213
23.5.2.	Katholische Schulen in freier Trägerschaft	214
Anlage 1	Synopse: e. V. / GmbH / e. G.	217
Anlage 2	Mustersatzung für kleine Schulen mit ehrenamtlichem Vorstand und fakultativem Beirat	219
Anlage 3	Muster-Vereinsatzung mit hauptamtlichem Vorstand und mit Aufsichtsrat	221
Anlage 4	Gesellschaftsvertrag gGmbH	224
Anlage 5	Muster Schulvertrag	226
Anlage 6	Muster Schulvertrag NRW mit Verpflichtungserklärung	229
Anlage 7	Betreuungsvertrag	233
Anlage 8	Muster Schul- und Hausordnung	236

Inhaltsverzeichnis

Anlage 9	Arbeitsvertrag	239
Anlage 10	Honorarvertrag	242
Anlage 11	Mediationsklausel	244
Nachwort		245
Stichwortverzeichnis		247